©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ELENA ZUBKOVA

DIE SOWJETISCHE GESELLSCHAFT NACH DEM KRIEG

Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46*

Im vorliegenden Aufsatz wird der Versuch unternommen, Zustand und Befindlichkeit der russischen Gesellschaft im krisenhaften Übergang vom Krieg zum Frieden zu beschreiben. Das Hauptaugenmerk richtet sich dabei auf die Analyse der Stimmungen und Erwartungen der Gesellschaft als ganzer und einzelner sozialer Gruppen im besonderen. Die Arbeit basiert im wesentlichen auf Materialien der Russischen Föderation; analoge Prozesse in anderen Regionen der UdSSR werden nicht behandelt. Viele Probleme werden als Fragen formuliert und bedürfen weiterer Konkretisierung, vor allem auf der regionalen Ebene und ebenfalls im Hinblick auf einzelne Gruppen der Bevölkerung. Die sozialhistorische Untersuchung der Nachkriegszeit in Rußland bzw. der Sowjetunion steht als Forschungsrichtung erst am Anfang. Lange Zeit wurde sie durch den fehlenden Archivzugang gehemmt und mußte sich im wesentlichen auf veröffentlichte Quellen stützen[1]. Die Untersuchung der Stimmungen in der Nachkriegsgesellschaft der UdSSR wird durch eine ganz spezifische Quellenlage bestimmt. Vom Ende der zwanziger bis zum Beginn der sechziger Jahre gab es in der UdSSR keine funktionierenden soziologischen Einrichtungen,

* Die Arbeit wurde mit finanzieller Unterstützung der Moskauer Abteilung der Russischen Wissenschaftsstiftung im Rahmen des Programms „Russische Gesellschaftswissenschaften: eine neue Perspektive" erstellt.

[1] Als eine der ersten beschäftigte sich Sheila Fitzpatrick mit dem Problem des Einflusses des Zweiten Weltkriegs auf die sowjetische Gesellschaft. Vgl. Sheila Fitzpatrick, Postwar Society. The „Return to Normalcy", 1945–1953, in: Susan J. Linz (Hrsg.), The Impact of World War II on the Soviet Union, Totowa/NJ 1985, S. 129–156. Das Thema wurde auch auf dem IV. Internationalen Kongreß für das Studium der sowjetischen und osteuropäischen Geschichte behandelt; vgl. John and Carol Garrard (Hrsg), World War 2 and the Soviet People. Selected Papers from the Fourth World Congress for Soviet and East European Studies, Harrogate 1990, London 1993. Auf die eine oder andere Weise enthalten alle Forschungen zur russischen Nachkriegsgeschichte Sujets, die mit dem Zustand der Nachkriegsgesellschaft verknüpft sind. Vgl. z. B. Timothy Dunmore, Soviet politics: 1945–1953, London 1984; Alexander Werth, Russia: The postwar years, New York 1971; N. V. Romanovskij, Liki stalinizma. 1945–1953, Moskau 1995; V. P. Popov, Rossijskaja derevnja posle vojny: (ijun' 1945–mart 1953), Moskau 1993; O. M. Verbickaja, Rossijskoje krest'janstvo: ot Stalina k Chruščevu, Moskau 1992. V. F. Zima, Golod v SSSR. 1946–1947 godov: proischoždenie i posledstvija, Moskau 1996.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die die öffentliche Meinung erforschten. Jedoch bedeutet das keineswegs, daß sich die Machthaber nicht für die geistige Verfassung des Volkes interessiert hätten. Im Gegenteil: entsprechende Zeugnisse wurden regelmäßig gesammelt, und sie liefen durch unterschiedliche Kanäle ein – von privaten (beispielsweise als Denunziation) bis hin zu ganz offiziellen. Bei den offiziellen Instanzen sind vor allem das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Staatssicherheitsorgane des NKGB-NKWD zu nennen, denen die Überwachung der gesellschaftlichen Stimmungen oblag; deren Abteilungen erstellten zusammenfassende Berichte über die Stimmung in verschiedenen Gruppen der Bevölkerung. Gewöhnlich waren diese Berichte irgendeinem konkreten Ereignis oder einer politischen Kampagne gewidmet, etwa den Wahlen zum Obersten Sowjet, Preisreformen oder außenpolitischen Aktionen der sowjetischen Führung.

Neben solchen Stimmungsberichten lieferte das NKGB dem Zentralkomitee Untersuchungen, die auf der Überwachung privater Korrespondenz basierten. Informationen über die Lebensbedingungen und Einstellungen der Bevölkerung sind ferner in Vortragsaufzeichnungen der Inspektoren des ZK enthalten, die in einzelne Regionen reisten, um die Situation vor Ort zu untersuchen. Eine spezielle Gruppe von Quellen bilden die Berichte und Ermittlungen der Agitprop-Abteilung des ZK über Fragen, die bei Vorträgen und Versammlungen aus dem Publikum gestellt wurden. Angesichts der Tatsache, daß von der Vortragspropaganda praktisch alle Gruppen der Bevölkerung erfaßt wurden und Versammlungen aus jedem mehr oder weniger bedeutsamen Anlaß durchgeführt wurden, ist diese Quellengruppe als sehr wichtig für die Forschung einzustufen.

Demographische Veränderungen

Der Krieg, mit dem Hitler das Land überzogen hatte, hinterließ tiefe Spuren. Die außerordentliche Kommission, die mit der Berechnung der materiellen Schäden befaßt war, die der UdSSR durch Kriegshandlungen und Aufwendungen für den Krieg entstanden waren, schätzte die Schadenssumme auf 2569 Milliarden Rubel[2]. Charakteristisch war, daß zwar die Zahl der zerstörten Städte und Dörfer, der Industrieanlagen und Eisenbahnbrücken ermittelt, die Verluste beim Schmelzertrag von Roheisen und Stahl bestimmt und das Maß der Verringerung des Automobilparks und des Viehbestands kalkuliert, nirgends jedoch etwas über die Zahl der Menschenverluste mitgeteilt wurde – wenn man die von Stalin 1946 bekanntgemachte Zahl von sieben Millionen Opfern außer acht läßt.

Über den Umfang der Menschenverluste der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg wird bis heute unter Historikern diskutiert. In Forschungen, die auf demographischen Hochrechnungen beruhen, werden die Verluste der UdSSR in der Periode des Großen

[2] Vgl. Istorija SSSR s drevnejšich vremen do našich dnej. B dvuch tomach, Bd. II, Moskau 1980, S. 47.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vaterländischen Krieges auf 26,6 Millionen Menschen geschätzt[3]. 76 Prozent davon – das entspricht 20 Millionen Menschen – waren Männer, und zwar vor allem Angehörige der Jahrgänge zwischen 1901 und 1931, also des fortpflanzungsfähigsten Teils der männlichen Bevölkerung[4]. Schon allein dieser Umstand zeugt davon, daß die Nachkriegsgesellschaft ernsthafte Probleme zu erwarten hatte. 1940 kamen in der Sowjetunion auf 100,3 Millionen Frauen 92,3 Millionen Männer, wobei das Ungleichgewicht insbesondere die älteren Altersgruppen (beginnend mit den 60 jährigen) betraf, was man wohl als naturgegeben einstufen kann. 1946 entfielen auf 96,2 Millionen Frauen 74,4 Millionen Männer; jetzt setzte die Überzahl der Frauen freilich bereits in der Generation der 20- bis 44jährigen ein: 1940 standen 37,6 Millionen Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren 34,8 Millionen Männer derselben Altersgruppe gegenüber. 1946 hatte sich die Zahl der Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren fast nicht verändert (37,7 Millionen), die gleichaltrigen Männer waren jedoch um mehr als 10 Millionen weniger geworden (25 Millionen)[5]. Auf dem Lande gestaltete sich die demographische Situation noch ungünstiger: Wenn 1940 die Relation von Frauen und Männern in den Kolchosen ungefähr 1,1 : 1 betragen hatte, so stand sie 1945 bei 2,7 : 1[6].

Die sowjetische Nachkriegsgesellschaft war daher eine vorwiegend weibliche Gesellschaft. Das erzeugte ernste Probleme, nicht nur demographische, sondern auch psychologische, die sich als Entwurzelung und Einsamkeit – insbesondere von Frauen – zu verfestigen begannen. Die „Vaterlosigkeit" und die daraus erwachsende Verwahrlosung und Kriminalität von Kindern zählten ebenfalls dazu. Und dennoch, ungeachtet aller Entbehrungen und Verluste, erwies sich die Nachkriegsgesellschaft gerade wegen der Frauen als erstaunlich lebensfähig. So stieg etwa die Zahl der Geburten zwischen 1946 und 1949 (mit Ausnahme von 1948) und stabilisierte sich dann auf diesem Niveau. Auch Frauen, die ohne Mann blieben und keine Hoffnung hatten, einmal eine Familie zu gründen, brachten unter den sehr schwierigen materiellen Bedingungen der Nachkriegszeit Kinder zur Welt: 1946 wurden 752000 uneheliche Kinder geboren, 1947 waren es 747000, 1948 belief sich die Zahl der unehelich Geborenen auf 665000, 1949 auf 985000, 1950 auf 944000, 1951 auf 930000 und 1952 auf 849000[7]. Damit konnten zwar die demographischen Verzerrungen, die aus dem

[3] Vgl. Naselenije Sovetskogo Sojuza. 1922–1991 gg, Moskau 1993, S. 73. Die mit der Methode der demographischen Bilanz ermittelten Zahlen umfassen erstens alle infolge des Krieges und anderer gegnerischer Handlungen Gefallenen, zweitens die infolge der erhöhten Sterblichkeit zur Zeit des Krieges Verstorbenen, sowohl im Hinterland als auch im Frontgebiet und auf dem besetzten Territorium, und drittens jene Angehörigen der Bevölkerung der UdSSR (Stand 22. 6. 1941), die das Land während des Krieges verlassen haben und bis zu seiner Beendigung nicht zurückgekehrt sind (nicht eingeschlossen die jenseits der Grenzen der UdSSR dislozierten Wehrdienstleistenden).

[4] Vgl. ebenda, S. 77.

[5] Vgl. ebenda, S. 121–134.

[6] Vgl. Ju. V. Arutjunjan, Sovetskoe krest'janstvo v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, Moskau 1963, S. 318.

[7] Vgl. V. P. Popov, Pričiny sokraščenija čislennosti naselenija RSFSR posle Velikoj otečestvennoj vojny, in: Sociologičeskije issledovanija 1994, Nr. 10, S. 91.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Krieg erwachsen waren, nicht ausgeglichen, aber doch die Bevölkerungsverluste des Kriegs kompensiert werden. Schon Anfang 1953 erreichte die Bevölkerungszahl der UdSSR das Niveau von 1940 (in den Nachkriegsgrenzen, d. h. inclusive der Bevölkerung der Territorien, die der UdSSR 1945 eingegliedert wurden)[8].

Ein besonderes Problem stellten die Kriegskinder dar, der sozial am wenigsten geschützte Teil der Bevölkerung. Während des Kriegs hatten die Kinder genauso gelitten wie die Erwachsenen: Sie starben bei Bombenangriffen, an Hunger und Krankheiten, sie verloren Angehörige und wurden aus dem Land verschleppt. Während der Kriegsjahre sank die Geburtenziffer erheblich; dies hatte zur Folge, daß 1946 in der Sowjetunion 53 Millionen Kinder im Alter bis zu 14 Jahren lebten – 14 Millionen weniger als 1940[9]. Viele Halbwüchsige mußten während des Kriegs in der Produktion arbeiten, um die an die Front gegangenen Arbeiter zu ersetzen und für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Jugendlichen arbeiteten unter den gleichen Bedingungen wie Erwachsene, manchmal 10 bis 12 Stunden am Tag. Schwerarbeit und ständige Unterernährung mußten sich auf den Gesundheitszustand der jungen Generation auswirken.

Im Juni 1945 organisierte das ZK der Kommunistischen Partei Inspektionen einer Reihe von Unternehmen des Gebiets Gorki, um die Arbeitsbedingungen und den Gesundheitszustand der jugendlichen Arbeiter zu untersuchen. Die Kommission kam zu einem trostlosen Ergebnis. „Bei der Mehrzahl der inspizierten Unternehmen", hieß es im Bericht der Kommission, „wurden für die Halbwüchsigen keine normalen Lebensbedingungen geschaffen, was zu einer hohen Krankheitsrate und zu einem Rückstand in der körperlichen Entwicklung führte"[10]. In den Molotov-Werken wurden 1070 Jugendliche medizinisch untersucht. Die Untersuchung ergab 379 oder 35 Prozent kranke Jungen und Mädchen: Von ihnen litten 64 an Magen-Darm-Erkrankungen, 51 an Hautkrankheiten und Krätze, sechs an Lungentuberkulose, vier an Distrophie. Von den 670 männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren waren 340 oder 50,6 Prozent in ihrem körperlichen Wachstum ein bis zwei Jahre zurückgeblieben, im Gewicht 413 oder 61,6 Prozent. Von den 170 Mädchen desselben Alters waren 65 (38,2 Prozent) im Wachstum und 113 (66,4 Prozent) im Gewicht beeinträchtigt. Die meisten Jugendlichen litten an Blutarmut[11].

Die Untersuchung ergab, daß eine Reihe von Betrieben die Arbeitsschutzgesetze für Minderjährige verletzten: Die Jugendlichen wurden bei gesundheitsgefährdenden Arbeiten und in Nachtschichten eingesetzt, Sommerurlaub wurde verweigert. Darüber hinaus erhielten die meisten Minderjährigen infolge unzureichender Qualifikation niedrige Arbeitslöhne von 150 bis 180 Rubel im Monat (zum Vergleich: drei

[8] Vgl. Naselenije Sovetskogo Sojuza, S. 53, 70.
[9] Vgl. ebenda, S. 121–134.
[10] Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der neuesten Geschichte (künftig: RCChIDNI), fond 17, opis' 122, delo 103, list 77.
[11] Vgl. ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mahlzeiten pro Tag in der Kantine oder im Wohnheim kosteten ungefähr 120 Rubel im Monat, die Miete für das Wohnheim monatlich 30 bis 45 Rubel)[12]. Für Minderjährige, die vom Dorf in die Stadt oder gar aus einem anderen Gebiet kamen, stellte die Trennung von Familie und Freunden eine zusätzliche seelische Belastung dar.

Psychologen haben festgestellt, daß die Kriegskinder frühzeitig erwachsen wurden, daß sie in ihrem Weltempfinden erheblich fortgeschrittener waren als ihre Altersgenossen, die in leidlich normalen Verhältnissen aufgewachsen waren. Ein solch schneller Reifeprozeß hinterließ Spuren, nicht nur in Bezug auf die Gesundheit der jungen Generation, sondern auch in der Psyche. Besonders stark werden Kinder durch den Verlust von Angehörigen, durch Todesangst und gewaltsame Verwaisung traumatisiert. In Rußland war nach 1945 eine ganze Generation von Kindern ohne Väter, ohne Zuhause im vollgültigen Sinne des Wortes. Sie wuchs in unvollständigen Familien oder überhaupt außerhalb von Familien auf, die durch die Schule, das Kinderheim oder einfach die Straße mit ihren Verhaltensnormen und Formen sozialer Kontrolle ersetzt wurden. Die Straße prägte das Denken und Empfinden der Nachkriegsgeneration, die auch später häufig nach den ungeschriebenen Gesetzen der Straßenbruderschaft lebte. Nicht zufällig spielten im Erwachsenenleben Nachbarschaftsbeziehungen zuweilen eine größere Rolle als Verwandtschaftsbindungen. Hier entstanden „Mannschaftsmenschen", die den Individualismus verachteten. Aus ihrer Mitte stammten freilich auch besonders viele herausragende Persönlichkeiten. Die „Šestidesjatniki"[13] sind ebenfalls Kriegskinder.

Die Frontkämpfer

Die Gesellschaft, die aus dem Krieg hervorging, unterschied sich von der Gesellschaft im „Normalzustand" nicht nur durch ihre demographische Struktur, sondern auch durch ihre soziale Zusammensetzung, die sich nicht mehr durch traditionelle Kategorien wie Stadt- und Landbewohner, Industriearbeiter und Angestellte, Jugend und Rentner erfassen ließ. Hinzu kamen neue gesellschaftliche Gruppen, die während des Kriegs entstanden, vor allem die „Menschen in der Uniformbluse", wie die Frontkämpfer auch bezeichnet worden sind.

Am Kriegsende umfaßte die Armee der Sowjetunion mehr als elf Millionen Menschen[14]. Entsprechend dem Gesetz über die Demobilisierung vom 23. Juni 1945 begann man zunächst die 13 ältesten Jahrgänge aus der Armee zu entlassen. 1948 war der Prozeß der Demobilisierung im wesentlichen abgeschlossen. Insgesamt schieden 8,5 Millionen Menschen aus dem Armeedienst aus[15].

---

[12] Vgl. ebenda, l. 78.

[13] Als „Šestidesjatniki", zu deutsch „Sechziger", werden Angehörige der liberalen Intelligenz der frühen sechziger Jahre bezeichnet, die die kulturellen Spielräume des „Tauwetters" ausnützten.

[14] Vgl. Istorija SSSR c drevnejšich vremen, S. 53.

[15] Vgl. ebenda, S. 56.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Problem des Übergangs vom Krieg zum Frieden, mit dem auf die eine oder andere Weise alle konfrontiert waren, war für die Frontsoldaten besonders gravierend. Die Demobilisierung, von der sie an der Front geträumt hatten, verwandelte sich für viele in ein ernsthaftes Problem. Besonders für die Jüngsten, die Geburtsjahrgänge 1923 bis 1927, die von der Schulbank an die Front gerufen worden waren, ohne eine Berufsausbildung erhalten zu haben, war es schwer, sich in das zivile Leben zu integrieren. Ihr einziger Beruf war der Krieg, ihre einzige Fertigkeit die, eine Waffe zu bedienen und zu kämpfen. Darüber hinaus hatte diese Generation den größten Blutzoll entrichtet, besonders im ersten Kriegsjahr. Allerdings weichte der Krieg die Altersgrenzen in starkem Maße auf, und mehrere Generationen vereinten sich faktisch zu einer einzigen: der „Generation der Sieger", die vor ähnlichen Problemen stand, in ähnlichen Stimmungen verhaftet war und ähnliche Wünsche hegte. Natürlich war diese Generation nicht homogen, aber der Geist, den die Soldaten aus dem Krieg mitbrachten, existierte noch lange als wichtiger, die ganze Nachkriegsatmosphäre bestimmender Faktor.

Im Frühjahr 1945 „hielten sich die Menschen nicht ohne Grund für Giganten", wie der Schriftsteller und Frontkämpfer Ėmmanuil G. Kazakevič seine Empfindungen zusammenfaßte[16]. In dieser Stimmung traten die Frontkämpfer in das zivile Leben ein; hinter der Schwelle des Kriegs ließen sie vermeintlich alles Schreckliche und Schwere zurück. Doch die Wirklichkeit war komplexer und überhaupt nicht so, wie sie in den Schützengräben erträumt worden war. „In der Armee haben wir oft darüber geredet, was nach dem Krieg sein würde", erinnert sich der Journalist Boris Galin, „wie wir am Tag nach dem Sieg leben würden, und je näher das Ende des Krieges rückte, um so öfter dachten wir daran, und vieles erschien uns in rosigem Licht"[17]. „Das Leben nach dem Krieg erschien als Fest, für das zunächst nur eines erforderlich war – der letzte Schuß", drückte diesen Gedanken der Schriftsteller und ehemalige Frontkorrespondent Konstantin Simonov aus[18].

Andere Wünsche und Vorstellungen waren von Menschen, die sich vier Jahre unter dem Druck von Vernichtungskrieg und Verheerung befunden hatten, schwerlich zu erwarten. Sie bezogen sich auf ein „normales" Leben, ohne ständig der Gefahr von Tod und Leiden ausgesetzt zu sein. Die sowjetische Armee kannte als einzige von allen, die am Krieg teilnahmen, keinen Urlaub für die Soldaten, abgesehen von kurzen Beurlaubungen aufgrund von Verwundungen. Der tschechische Historiker Boguslaw Schneider hat darauf hingewiesen, daß die Zahl der Gefallenen der sowjetischen Armee ohne die permanente physische und psychische Überlastung kleiner ausgefallen wäre. „Die Soldaten der Roten Armee befanden sich die ganze Zeit in einer schrecklichen psychischen Anspannung, die in der Kriegsgeschichte kein Beispiel hat", schreibt Schneider. „Ermüdung und psychische Erschöpfung überstiegen alle denkbaren Grenzen. In Gesprächen mit mir erklärten Veteranen einstimmig, daß sie sich

[16] Ė. Kazakevič, Slušaja vremja. Dnevniki, zapisnye knižki, pišma, Moskau, 1990, S. 316.
[17] B. Galin, V odnom naselennom punkte: rasskaz propagandista, in: Novyj mir 1947, Nr. 11, S. 162f.
[18] K. M. Simonov, Sobr. soč. v 6-ti tt. T. 3, Moskau 1967, S. 124.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in den ersten Minuten geradezu über Verletzungen freuten: Im Lazarett konnte man wenigstens einmal richtig ausschlafen."[19] Die Menschen, die solche zermürbenden Erfahrungen gemacht hatten, sehnten sich 1945 nach Frieden. Diese Sehnsucht, die Euphorie des Sieges und der durch sie genährte Optimismus bestimmten die besondere Nachkriegsatmosphäre, die sich allerdings bald verflüchtigen sollte. Denn auf den Krieg folgt unausweichlich die komplizierte Phase der Heilung der Wunden – sowohl der physischen als auch der seelischen –, eine schwierige, schmerzhafte Periode der Rückkehr zum friedlichen Leben, in der sogar gewöhnliche Existenzprobleme, etwa das der Wohnung, sich oft genug als unlösbar erwiesen. Ein Zuhause zu finden, das mehr war als eine Unterkunft, das die Basis bot für Lebensglück und Geborgenheit, etwa in einer Familie, die viele während des Krieges verloren hatten, stellte vielleicht die wichtigste Sinngebung der Nachkriegsexistenz dar. Das Siegergefühl, in dem die Menschen sich für Giganten hielten, drohte an der unüberwindlich scheinenden Hürde der existentiellen und materiellen Mangelsituation zu zerschellen. Aber es zerschellte nicht, sondern wurde nach einiger Zeit einfach von den elementaren Problemen des Überlebens überdeckt.

Der Mehrheit der demobilisierten Frontsoldaten wurde gleich nach der Rückkehr Arbeit zugewiesen. Nach Angaben von 40 Gebietskomitees der Partei nahmen bis zum Januar 1946 von 2,7 Millionen Demobilisierten 2,1 Millionen eine Arbeit auf, d. h. 71,1 Prozent. Mehr als die Hälfte aller aus der Armee entlassenen Soldaten (55 Prozent) arbeitete in Kolchosen und Sowchosen[20]. Dabei unterschieden sich jedoch die Angaben über die Arbeitsaufnahme der Frontsoldaten in einzelnen Regionen erheblich. Im Irkutsker Gebiet beispielsweise arbeitete im Januar 1946 nicht mehr als die Hälfte der Rückkehrer, in der Stadt Tjumen 59 Prozent, im Gebiet Astrachan' 64 Prozent[21]. Die Gründe dafür waren vielfältig: Vielen Ex-Soldaten wurde keine ihrer Berufsausbildung entsprechende Stelle angeboten, andere glaubten, daß sie angesichts ihrer Qualifikation höhere Löhne verdient hätten. So erhielten etwa von 47 Frontsoldaten, die nach der Demobilisierung in die Fabrik „Roter Chemiker" im Gebiet von Vladimir zurückkehrten, nur 16 eine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle, die anderen wurden „zum Holzhacken" geschickt[22]. Ähnlich verhielt es sich auch in anderen Gegenden. Häufig kamen die Rückkehrer mit den schweren Bedingungen des Dorflebens nicht zurecht und versuchten, die Kolchosen zu verlassen, um in der Stadt zu arbeiten. Schließlich dachten manche ehemalige Frontsoldaten auch gar nicht daran, eine Arbeit aufzunehmen: „Wir haben jeder drei oder vier Jahre gekämpft, und jetzt müssen wir uns fünf, sechs Monate erholen", meinten sie[23].

Ein weiteres erstrangiges Problem bestand für die heimkehrenden Soldaten darin, eine Wohnung zu finden. Besonders schwerwiegend war es in jenen Gebieten, die

[19] B. Schnajder, Neizvestnaja vojna, in: Voprosy istorii 1995, Nr. 1, S. 110.
[20] Vgl. RCChIDNI, f. 17, op. 122, d. 145, l. 193.
[21] Vgl. ebenda, l. 194.
[22] Ebenda.
[23] Ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stark unter Kriegseinwirkungen gelitten hatten. In diesen Regionen waren viele Familien von ehemaligen Soldaten gezwungen, in Erdhütten und anderen menschenunwürdigen Unterkünften zu hausen. Zwei Jahre nach Kriegsende wohnten beispielsweise in der Stadt Velikie Luki noch mehr als 800 Familien in Erdhütten, und in Novgorod hausten von 29000 Einwohnern 9000 in provisorischen Baracken, Kellern und Erdhütten[24]. Die Wohnungssituation entspannte sich äußerst langsam. So wurde 1956, elf Jahre nach Kriegsende, bei einer Inspektion der Gebiete Brjansk, Velikie Luki, Kalinin, Kaluga, Novgorod, Orlov, Pskov und anderer, die während des Krieges besetzt worden waren oder sich in der Frontzone befunden hatten, festgestellt, daß noch Zehntausende Familien in Erdhütten, Ruinen, Kellern und anderen zum Wohnen untauglichen Lokalitäten wie Schuppen, Badehäusern, Küchen, Dachböden oder Eisenbahnwaggons lebten[25].

Solche grundlegenden Mangelerscheinungen erschwerten das Überleben in der Nachkriegsgesellschaft. Das war es allerdings nicht allein: Der Krieg, das wurde jetzt offenbar, hatte außerdem die letzten Kräfte der Menschen aufgezehrt und ihr Durchhaltevermögen erschöpft. Die Soldaten bemerkten mit Erstaunen, daß sie im Krieg, als sie sich stets an der Grenze von Leben und Tod befunden hatten, nicht unter „Friedenskrankheiten" zu leiden gehabt hatten. Diese traten aber sofort wieder auf, als die Kämpfe beendet waren. Darüber hinaus kamen natürlich nicht alle Soldaten gesund von der Front zurück. Es gibt eine, wenn auch nicht ganz vollständige Statistik der Gefallenen, aber bis heute ist die Zahl derer, die an ihren Wunden noch nach Beendigung des Krieges gestorben sind, unbekannt. Gegen Ende des Krieges waren unter den Demobilisierten zwei Millionen Invaliden, davon 450000 Mann mit Arm- oder Beinamputationen und ungefähr 350000, bei denen Knochenmarksentzündungen diagnostiziert worden waren[26]. Besonders die Invaliden brauchten nicht nur chirurgische Behandlung, sondern mehr noch als die anderen Heimkehrer auch psychologische Unterstützung. Dabei verfügte nur jedes dritte Invalidenheim über einen Arzt, von einem vollwertigen medizinischen Dienst ganz zu schweigen[27].

Schwierig war für die Invaliden die Arbeitssuche; praktisch hoffnungslos war in dieser Hinsicht die Lage für Menschen, die das Augenlicht verloren hatten[28]. Nur mit einer Invalidenpension ausgestattet, wären sie kaum in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten: Die Bettelei von Verkrüppelten auf Märkten und Bahnhofsvorplätzen wurde deshalb ein charakteristisches Merkmal der Nachkriegszeit. Invaliden mußten sich einmal im Jahr einer medizinischen Untersuchung unterziehen, um ihre Invalidität zu bestätigen. Dieser Prozedur waren auch jene unterworfen, die an der Front einen Arm oder ein Bein verloren hatten. Die Mehrzahl der Kriegsversehrten, die sich

[24] Vgl. ebenda, d. 220, l. 170.
[25] Vgl. Zentrum zur Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumentation (künftig: CChSD), fond 5, opis' 32, delo 39, list 127.
[26] Vgl. RCChIDNI, f. 17, op. 117, d. 511, l. 107.
[27] Vgl. ebenda, l. 108.
[28] Vgl. ebenda, op. 122, d. 101, l. 150.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf diese Weise im gesellschaftlichen Abseits wiederfanden, waren noch junge Leute: Für sie war die Erkenntnis ihrer „Überflüssigkeit", ihrer Untauglichkeit für das neue Nachkriegsleben, für das sie ihre Gesundheit geopfert hatten, besonders schmerzlich.

Andere Heimkehrer hatten mehr Glück. Sie fanden eine gute Arbeit, stiegen in angesehene Positionen auf, konnten ein Studium aufnehmen oder eine in der Kriegszeit unterbrochene Ausbildung fortsetzen. Diese soziale Differenzierung trug einen Interessengegensatz in die ehemals einheitliche Frontgesellschaft hinein. Es fand ein Prozeß statt, den der Historiker Michail Gefter als „Bruch in der Generation der Sieger" bezeichnete[29], wobei dieser Prozeß keineswegs spontan verlief, sondern von oben gelenkt wurde.

Die ehemaligen Frontsoldaten werden manchmal als potentielle „Neodekabristen" bezeichnet – in Analogie zu den Ereignissen in Rußland nach dem Krieg von 1812, die zum Aufstand der Dekabristen in Petersburg im Jahre 1825 führten. Gründe, eine ähnliche Entwicklung zu fürchten, hatte Stalin tatsächlich; aus dem Krieg kehrten vielfach gewandelte Menschen zurück. „Als Augenzeuge und Historiker kann ich sagen", schrieb Gefter, „daß die Jahre 41 und 42 sich in einer Vielzahl von Situationen und menschlichen Entscheidungen als eine spontane Entstalinisierung erwiesen"[30]. Und an anderer Stelle erläuterte er seinen Gedanken: „In den schweren Heimsuchungen des Krieges erwuchs neben dem Gefühl der persönlichen Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes auch eine persönliche Sichtweise, genauer der Keim einer persönlichen Sichtweise davon, wie es, das Vaterland, jetzt werden sollte und vor allem, wie es in der Zukunft werden sollte."[31] Die Herausbildung neuer Anschauungen über das eigene Leben, über die Welt und über das Schicksal des Landes vollzog sich nicht nur unter dem Einfluß eines neuen Gefühls persönlicher Verantwortlichkeit. Sie hing auch mit den neuen Informationen zusammen, die im Krieg für viele zugänglich wurden. Großen Einfluß hatte dabei – nicht nur bei den Soldaten, sondern bei der gesamten russischen Gesellschaft – der Feldzug der Roten Armee außerhalb der Grenzen des eigenen Landes. Viele Menschen, die sich bis dahin über das Leben in anderen Ländern nur aus sowjetischen Zeitungen und Wochenschauen informieren konnten, erhielten nun die Möglichkeit, die Welt mit eigenen Augen zu betrachten. Danach war der Hauptmythos der sowjetischen Propaganda, die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, keine Selbstverständlichkeit mehr, und es bedurfte zusätzlicher stützender Argumente, um ihn weiter am Leben zu erhalten. Ein solches Argument war der Sieg, der die Autorität des Regimes und die persönliche Autorität Stalins stabilisierte. „Siegesrausch" nannte der Frontsoldat und Schriftsteller Fjodor Abramov dieses Gefühl[32].

---

[29] M. Gefter, Stalin umer včera ..., in: Inogo ne dano: sud'by perestrojki, vgljadyvajas v prošloe, vozvraščenie k buduščemu, pod. obšč. red. Ju. N. Afanas'eva, Moskau 1988, S. 305.

[30] Ebenda.

[31] Ders., Ot anti-Stalina k ne-Stalinu: neprojdennyj put', in: Osmyslit' kul't Stalina, Moskau 1989, S. 501.

[32] F. Abramov, A ljudi ždut, ždut peremen. Iz dnevnikovych i rabočich zapisej, in: Izvestija vom 3. 2. 1990.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser „Geist der Freiheit", den die Heimkehrer aus dem Krieg mitbrachten, verschwand in der Krise der Nachkriegszeit nicht. Er wurde in der Zeit, als das unmittelbare Überleben die Hauptaufgabe darstellte, überlagert, blieb aber reaktivierbar und äußerte sich später in verschiedenen Formen abweichenden Denkens. Die Repressionskampagne nach dem Krieg bestätigte, daß die Machthaber abweichendes Denken als reale Gefahr auffaßten. Nicht zufällig begannen die ersten massenhaften ideologischen Kampagnen bereits wieder im Jahre 1946.

Repatrianten, Einwohner der besetzten Gebiete und Zwangsumgesiedelte

Die argwöhnische Haltung der Machthaber gegenüber jedermann, der sich jenseits der Grenzen der UdSSR aufgehalten hatte, verstärkte sich in Bezug auf die Personen, die der kommunistischen Kontrolle zeitweise ganz entzogen gewesen waren. Zu diesen gehörten die Sowjetbürger, die sich in Gefangenschaft befunden, im Besatzungsgebiet der Deutschen gelebt hatten oder als Ostarbeiter aus der Sowjetunion verschleppt worden waren[33]. Die Mehrheit von ihnen wurde nach dem Krieg repatriiert. Dabei handelte es sich um Millionen von Menschen, die für die Nachkriegsgesellschaft ein ebenso charakteristisches Element wie die Kriegsheimkehrer darstellten.

Nach Angaben des Bevollmächtigten des Rats der Volkskommissare der UdSSR für die Repatriierung wurden bis zum 1. Februar 1946 aus Deutschland und anderen Ländern insgesamt 5,2 Millionen Menschen repatriiert, von ihnen waren 1,8 Millionen ehemalige Kriegsgefangene und 3,4 Millionen Zivilisten[34]. Alle Repatrianten, unabhängig davon, ob sie Kriegsgefangene oder Zivilisten waren, mußten sogenannte „Überprüfungs- und Filtrierlager" durchlaufen, in denen sich ihr weiteres Schicksal entschied. Die Repatriierungsorgane gingen oft sehr rüde vor und setzten sich über die Wünsche der Menschen hinweg, indem sie sie nicht in ihre früheren Wohnorte, sondern nach eigenem Ermessen in andere Gebiete schickten[35]. Solche Entscheidungen faßten die Repatrianten nicht anders denn als Verbannung auf, was im allgemeinen auch nicht weit von der Wahrheit entfernt war. Ungeachtet der Versicherung der Machthaber, daß „die große Masse der sowjetischen Menschen, die sich in der deutschen Sklaverei befunden hat, der sowjetischen Heimat treugeblieben ist"[36], war die Haltung zu den Repatrianten, insbesondere seitens der lokalen Autoritäten, äußerst negativ und fast immer argwöhnisch. „Wir lassen ihnen hier die Verbreitung der Konterrevolution nicht durchgehen, wir mobilisieren sie sofort alle und schicken

[33] Vgl. Pavel Pol'jan, Žertvy dvuch diktatur. Ostarbajtery i voennoplennye v Tret'em Rejche i ich repatriacija, Moskau 1996.

[34] Vgl. A. A. Šejakov, Repatriacija sovetskogo mirnogo naselenija i voennoplennych, okazavšichsja v okkupacionnych zonach gosudarstv antigitlerovskoj koalicii, in: Ju. A. Poljakov u. a. (Hrsg.), Naselenije Rossii v 1920–1950e gody: čislennost', poteri, migracii, Moskau 1994, S. 210f.

[35] Vgl. RCChIDNI, f. 17, op. 117, d. 533, l. 14.

[36] Ebenda, l. 17.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie auf die Flöße zum Holztransport", teilte etwa ein Bezirksfunktionär über seine Arbeitsmethoden mit[37].

Dementsprechend düster war die Stimmung der Repatrianten. „Ich empfinde keine Schuld gegenüber dem Vaterland", sagte einer von ihnen, „aber ich bin nicht überzeugt, daß man mir nicht Repressionen auferlegen wird. Hier im Punkt [Überprüfungs- und Filtrierlager] behandelt man uns wie Sträflinge, wir stehen alle unter Bewachung. Wohin man mich schicken wird – ich weiß es nicht."[38] Der unklare rechtliche Status der Rückkehrer, die unbekannte Zukunft ließen unter ihnen Zweifel wachsen: „Werden wir das Stimmrecht erhalten?" „Ist es wahr, daß wir Zwangsarbeit leisten sollen?" „Werden Repatrianten höhere Bildungsabschlüsse erwerben können?"[39]

Das Schicksal des einzelnen hing dabei gar nicht so sehr von der Politik der zentralen Machtorgane ab als vielmehr von der Einstellung der Funktionäre vor Ort, die in den Repatrianten häufig „Verräter" und „Volksfeinde" sahen. Als den Hauptgrund des Mißtrauens der lokalen wie zentralen Machthaber gegenüber den Menschen, die in die Heimat zurückkehrten, muß man aber offenbar die Befürchtung betrachten, sowjetische Bürger, die im Westen gewesen waren, stellten für ihre Landsleute eine Quelle ungefilterter Information über das Leben jenseits der Grenzen der UdSSR dar. Solche ungeschminkte Informationen brachten die Repatrianten tatsächlich mit: Sie erzählten vom Wohlstand der deutschen Bauern, über die sauberen Straßen und ordentlichen Häuser. Diese Erzählungen bildeten einen scharfen Kontrast zur sowjetischen Wirklichkeit und ähnelten in keiner Weise den bedrückenden Bildern, die die offizielle sowjetische Propaganda vom Leben im Westen zeichnete. Das neue Wissen stellte für das Regime eine regelrechte Bedrohung dar, es ließ sich nicht einfach auslöschen, und es war nicht möglich, alle von der Gesellschaft zu isolieren, die jenseits der Staatsgrenze gewesen waren. Dann hätte man ja auch die ganze Armee isolieren müssen.

Besonders bedrückend war zuweilen das Schicksal derer, die sich im besetzten Gebiet befunden hatten. Angesichts des raschen Vormarsches der deutschen Wehrmacht brach in den ersten Monaten des Krieges die Evakuierung zusammen. Vielen Einwohnern der im Kriegsgebiet gelegenen Bezirke gelang es nicht, ins Hinterland evakuiert zu werden. Ein Teil blieb freilich auch freiwillig im Besatzungsgebiet. Nach dem Krieg spielte es keine Rolle, ob einer freiwillig geblieben war oder sich vergeblich um eine Evakuierung bemüht hatte. Kommunisten beispielsweise, die im besetzten Gebiet gewesen waren, hatten nach dem Krieg praktisch keine Chance, in der Partei zu bleiben. Der Ausschluß war in solchen Fällen noch die „mildeste" Bestrafung. Insgesamt wurden in den ersten beiden Nachkriegsjahren 60000 Kommunisten dafür aus der Partei ausgeschlossen, daß sie sich im besetzten Gebiet oder in Gefangenschaft befunden hatten. Das waren 29 Prozent aller aus der KP Ausgeschlossenen

[37] Ebenda, l. 22.
[38] Ebenda, l. 17.
[39] Ebenda, l. 18.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in den Jahren 1945–1947[40]. Als nach dem Tode Stalins die Rehabilitierungen begannen, war es für Kommunisten, denen aus diesem Grund das Parteibuch entzogen worden war, schwieriger als für andere, die Wiederaufnahme in die Partei zu erreichen. So wurden vom Februar 1953 bis Februar 1956 durch das Parteikontrollkomitee beim ZK der KPdSU 5456 Kommunisten, die wegen unbegründeter politischer Beschuldigungen ausgeschlossen worden waren, rehabilitiert. Von den Parteimitgliedern, die wegen ihres Aufenthalts im besetzten Gebiet oder ihrer Zeit in der Gefangenschaft ausgeschlossen worden waren, wurden nur 342 wieder in die Partei aufgenommen[41].

In der Tat gab es während des Krieges Kollaboration; die Historiographie hat sich dieses Problems freilich noch nicht intensiv angenommen. Die kommunistischen Machthaber stellten aber alle im okkupierten Territorium Zurückgebliebenen unter Generalverdacht und beschuldigten sie ebenso als potentielle Kollaborateure wie die ehemaligen Kriegsgefangenen und „Ostarbeiter". Alle diese Menschen trugen noch lange Zeit nach dem Krieg die unsichtbare Markierung „nicht vollwertiger" sowjetischer Bürger. In den Fragebögen, die bei Antritt einer Arbeitsstelle oder beim Eintritt in eine höhere Bildungsanstalt ausgefüllt werden mußten, gab es einen speziellen Punkt, bei dem nach dem Aufenthalt in Gefangenschaft oder im Okkupationsgebiet gefragt wurde. Wer diesen Punkt positiv beantwortete, hatte praktisch keine Chance, einen besseren Beruf zu ergreifen oder an einer Hochschule zu studieren. Ausnahmen gab es natürlich, aber sie bestätigten nur die Regel.

Unter den Bürgern, die ein ähnliches Handicap hatten, ist noch eine Gruppe herauszuheben – die Zwangsumgesiedelten, die Angehörigen der Völker also, die während der Kriegsjahre aus dem Nordkaukasus, dem Wolgagebiet, der Krim, der Ukraine und anderen Regionen der UdSSR deportiert wurden. Zu dieser Gruppe zählten am Kriegsende eine Million Deutsche, 575 000 Angehörige der Völker des Nordkaukasus (Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier, Balkaren), 91 000 Kalmücken, 183 000 Krimtataren, 94 000 aus Georgien deportierte Turko-Mescheten, Kurden und andere Volksgruppen[42]. Die der Unterstützung des Feindes Beschuldigten wie auch andere aus der Sicht der Machthaber „unzuverlässige" Bevölkerungsgruppen wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und sich in einer ihnen nicht nur klimatisch, sondern auch kulturell völlig fremden Umgebung anzusiedeln. Die Schwierigkeiten, dort wirtschaftlich Fuß zu fassen, verstärkten die psychologische Depression der Zwangsevakuierten, das Gefühl des Fehlens jeglicher Perspektiven. Infolge einer hohen Sterblichkeit, die mit einer geringen Fortpflanzungsrate einherging, waren einige der deportierten Ethnien schon bald vom Aussterben bedroht. So war unter den Kalmücken, die im Gebiet Novosibirsk lebten, die Sterblichkeit 1946 doppelt so hoch wie die Geburtenzahl; gleichzeitig konnte bei der alteingesessenen Bevölkerung eine

[40] Vgl. ebenda, op. 122, d. 291, l. 130–131.
[41] Izvestija CK KPSS 1989, Nr. 11, S. 41.
[42] Vgl. V. N. Zemskov, Specposelency. 1930–1959 gg., in: Naselenije Rossii v 1920–1950e gody, S. 158.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entgegengesetzte Tendenz beobachtet werden: die Geburtenziffern überstiegen die Sterbezahlen um das Dreifache[43].

Das Ende des Kriegs weckte bei einem Teil der deportierten Bevölkerung Hoffnungen auf eine Rehabilitierung und die Rückkehr in die Heimat. Zuweilen gaben auch die Machthaber unwillentlich Anlaß für solchen Optimismus. Der Erlaß des Obersten Sowjets über die Auflösung der Autonomen Tschetscheno-Inguschischen Republik und die Herabstufung der Autonomen Republik Krim zum Krimdistrikt wurde von den in diesem Erlaß nicht erwähnten Völkern – den Karatschaiern, Kalmücken und anderen – als Indiz einer positiven Haltung der Zentralmacht zur Wiederherstellung ihrer eigenen Autonomie betrachtet[44]. Die Kalmücken schlossen etwa daraus: „Wenn wir nicht erwähnt werden, heißt das, daß die Kalmückische Republik in der Verfassung erhalten bleibt. Das bedeutet, daß unsere Republik leben wird. Aber man wird uns kaum dorthin schicken, wo wir früher gelebt haben [. . .]. Eher wird man uns irgendwo im Altai-Gebiet zusammenführen."[45]

Im Februar 1946 wurden Wahlen zum Obersten Sowjet durchgeführt. Entsprechend dem Wahlgesetz hatten die Umgesiedelten das aktive Wahlrecht. Ihre Meinungen über diesen Umstand waren geteilt: Die einen betrachteten es als gutes Zeichen, die anderen als einen der üblichen propagandistischen Tricks, das heißt, als eine Entscheidung, die nichts Grundlegendes an der Situation der Deportierten änderte. Typisch für die Stimmung der zweiten Gruppe waren folgende Aussprüche: „Ich gebe diesen Funktionären niemals meine Stimme. So würden sich alle Umgesiedelten verhalten, wenn sie verstehen würden, wer die Schuldigen an ihrer Umsiedlung sind." „Das, was uns die Sowjetmacht an Schlechtem angetan hat, und die Tatsache, daß wir den ‚ruhmreichen' Titel ‚Umgesiedelte' tragen, werden wir bis in die siebte Generation nicht vergessen."[46] Diese Konflikte sind selbst Jahrzehnte nach dem Krieg noch nicht gelöst.

Die Evakuierten

Für die Nachkriegsgesellschaft wie für jede Gesellschaft im Übergang war die große Mobilität der Bevölkerung charakteristisch. Nach dem Ende des Krieges und den mit ihm verbundenen Bevölkerungsverschiebungen begann ein Prozeß in umgekehrter Richtung: Die Menschen kehrten zu ihren Häusern und Familien oder jedenfalls in ihre früheren Wohnorte zurück. Diese Migrationsströme von Heimkehrenden teilten sich in zwei grundlegende Richtungen auf: aus dem Westen in den Osten (Demobilisierung und Repatriierung) und aus dem Osten in den Westen (Reevakuierung). In den Jahren 1941 und 1942 wurden aus den Frontgebieten ungefähr 11 Millionen

[43] Vgl. Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), fond 9401, opis' 2, delo 138, list 317.
[44] Vgl. ebenda, l. 320, 382.
[45] Ebenda, l. 320.
[46] Ebenda, d. 134, l. 236–237, d. 138, l. 383.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Menschen evakuiert, vor allem in die östlichen Gebiete der Sowjetunion[47]. Die Reevakuierung begann noch während des Krieges, als die Front sich zunehmend nach Westen verlagerte. Mit Kriegsende wurden die Rückkehrbestrebungen der Evakuierten zu einer Massenerscheinung.

Bald zeigte sich aber, daß die Wünsche der Menschen nicht immer mit den Intentionen der Machthaber im Einklang standen. Während des Krieges waren nämlich im Osten neue industrielle Zentren geschaffen worden, die vor allem Rüstungsgüter produzierten. Diese Fabriken zu demontieren, hatte man nicht im Sinn, im Gegenteil. Nach dem Krieg, besonders nach der Zuspitzung der Beziehungen zwischen den einstigen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, erhielt die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes erste Priorität. Für die Unternehmen im Osten brauchte man Arbeitskräfte, und zwar in erster Linie qualifizierte Fachleute, die sich vor allem in den Reihen der ehedem evakuierten Arbeiter fanden. Unter diesen Umständen erschien deren Rückkehr in ihre Heimatorte als überaus problematisch. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Arbeitskräftepotentials in den neuen Industriezentren war es unerläßlich, dort normale Arbeits- und Lebensumstände zu schaffen, um so mehr, als die schwere Arbeit und die unzureichenden Existenzbedingungen von den Arbeitern zwar während des Krieges als unausweichlich akzeptiert worden waren, im Frieden aber bald Unzufriedenheit und Empörung hervorriefen.

Eine Kommission des Zentralkomitees der KP, die im September/Oktober 1945 die Lage in einer Reihe von Rüstungswerken im Ural und in Sibirien untersuchte, schrieb beispielsweise über eine Fabrik in Omsk: „Die Untersuchung ergab, daß die nachdrücklichen Forderungen der Arbeiter, an ihre früheren Wohnorte heimkehren zu dürfen, durch die schlechten Wohnbedingungen sowie die mangelnde Versorgung mit Kleidung, Schuhen und Lebensmitteln hervorgerufen wurden. [...] Die Häuser und Gemeinschaftswohnungen sind alles andere als komfortabel und an die Bedingungen des sibirischen Winters nicht angepaßt. [...] Die Arbeiter und ihre Familien leiden an einem außerordentlich schweren Mangel an Kleidung, Schuhwerk und Wäsche. Für das Jahr 1945 wurden jedem Arbeiter im Durchschnitt 0,38 Stück an Näherzeugnissen und an Schuhwerk 0,7 Stück zugeteilt. Einige Arbeiter sind so abgerissen gekleidet, daß sie sich an öffentlichen Orten nicht sehen lassen können."[48] Die Arbeiter der Fabrik protestierten gegen solche Lebensbedingungen: Sie weigerten sich, länger als acht Stunden zu arbeiten, gaben ihrer Unzufriedenheit mit der Leitung der Fabrik offen Ausdruck und forderten ihre unverzügliche Heimkehr an ihre früheren Wohnorte; die meisten Arbeiter stammten aus Leningrad, Vorošilovgrad und anderen Städten.

Die Ursachen für den Konflikt zwischen den Arbeitern und der Unternehmensleitung waren ganz augenfällig: Für die Arbeiter bedeutete das Kriegsende nicht nur Siegesfreude und Salutsalven, sie änderten auch ihr Verhalten und stellten sich wieder

[47] N. Vert, Istorija sovetskogo gosudarstva. 1900–1991, Moskau 1992, S. 272.
[48] RCChIDNI, f. 17, op. 17, d. 530, l. 37–38.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf ein Leben im Frieden ein. Die Unternehmensführung hingegen orientierte ihr Verhalten gegenüber den Arbeitern und deren Bedürfnissen weiterhin an den Normen der Kriegszeit und dachte nicht daran, diesen Kurs zu ändern. Solche Situationen konnten in fast allen Fabriken des Landes beobachtet werden. Die Direktoren stellten sich nur mühsam auf den Frieden um. Noch zwei Jahre nach Kriegsende äußerte der Minister für den Bergbau in den westlichen Gebieten der UdSSR, A. Zasjad'ko, scharfe Kritik an der Arbeitsweise der Direktoren der ihm unterstellten Fabriken: „In den Kriegsjahren haben sich diese Leiter daran gewöhnt, mit solchen Kontingenten wie Kriegsgefangenen, Repatriierten, Internierten, Eingekesselten, Häftlingen und Mobilisierten zu arbeiten, und, ohne die enormen Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft infolge des drastischen Rückgangs der verschiedenen Spezialkontingente zu bemerken, verhalten sie sich den Arbeitern gegenüber weiterhin so, wie sie sich gegenüber den Leuten verhalten haben, die Zwangsarbeit leisteten."[49]

1945 wurde den evakuierten Arbeitern durch spezielle Erlasse der jeweils für ihre Unternehmen zuständigen Volkskommissariate verboten, eigenmächtig ihre Arbeitsplätze aufzugeben. Doch nicht einmal die Androhung gerichtlicher Verfolgung und andere repressive Maßnahmen konnten die spontane Rückkehr ganz eindämmen. Im August 1945 wurden von der Kriegszensurbehörde des NKGB 135 Briefe von Omsker Arbeitern registriert, die an Verwandte und Bekannte gerichtet waren und in denen über die kritische Lage Klage geführt wurde. „Die Lebensumstände in der Fabrik sind schlecht", hieß es in einem dieser Briefe, „die Leute hauen zuhauf aus der Fabrik ab, besonders die Leningrader. In der letzten Zeit haben sich ungefähr 400 Mann abgesetzt. Befehl des Volkskommissars Malyšev: alle Flüchtigen erneut nach Omsk schaffen und sie verurteilen. Wir warten, was weiter geschieht."[50] Es gab auch Briefe, deren Verfasser eine entschiedenere Haltung an den Tag legten: „Die Arbeiter haben mit all ihrer Kraft für die Vernichtung des Feindes gearbeitet und wollten in die Heimatbezirke zu ihren Familien heimkehren, in ihre Wohnungen. Aber jetzt stellt sich heraus, daß man uns betrogen hat: man hat uns aus Leningrad weggebracht und will uns in Sibirien festhalten. Wenn es auf das hinausläuft, müssen wir alle, die Arbeiterschaft, sagen, daß unsere Regierung uns und unsere Arbeit verraten hat. Mögen sie darüber nachdenken, in welcher Stimmung sich die Arbeiter befinden."[51]

In einigen Rüstungsfabriken im Ural und in Sibirien kam es im August und September 1945 zu Arbeiterunruhen. Die Situation verschärfte sich so sehr, daß am 4. August 1945 das ZK-Sekretariat sich eigens mit dieser Frage befaßte und eine Entschließung über drei Fabriken faßte, in denen die Lage der Arbeiter besonders bedrückend war. Darin wurden die Leitungen der Fabriken und die entsprechenden Volkskommissariate verpflichtet, sofortige Maßnahmen zur Erfüllung der gesetzli-

[49] Ebenda, op. 122, d. 220.
[50] Ebenda, op. 117, d. 530, l. 54.
[51] Ebenda, l. 57.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Ansprüche der Arbeiter zu ergreifen; die Forderung nach Reevakuierung blieb aber unerfüllt[52].

Die evakuierten Arbeiter befanden sich in einer schlechteren Lage als ihre nichtevakuierten Kollegen oder jene Arbeiter, die bereits in die Heimatorte zurückgekehrt waren. Ihre Frustration hatte vor allem damit zu tun, daß sie nicht heimkehren konnten. Was jedoch die Arbeitsbedingungen und mehr noch die Versorgungslage betrifft, so waren die Unterschiede in der Arbeiterschaft im allgemeinen vorwiegend geographisch bedingt und von den Branchen abhängig. Das heißt: Arbeiter jener Gebiete, die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen worden waren, hatten mit den schwierigsten Bedingungen fertig zu werden. Nicht anders erging es ihren Kollegen im Fernen Osten sowie denen, die im Bergbau, in der Metallindustrie und anderen Branchen mit schweren und belastenden Arbeitsbedingungen beschäftigt waren.

Die Nachkriegsmisere brachte Probleme mit sich, deren Last mehr oder weniger von allen mitgetragen werden mußte, unabhängig von Beruf und Wohnort. Dennoch gab es Unterschiede zwischen den Lebensumständen und den Einstellungen – etwa zwischen Städtern und Landbewohnern. Ebenso wie die Städte durchlebte das Dorf in den ersten zwei, drei Jahren eine Ernährungskrise, es war in den zerstörten Gebieten auch mit Wohnungsproblemen konfrontiert und konnte sich der Welle des Verbrechens nicht entziehen. Darüber hinaus brachte der Krieg den Kolchosdörfern aber nicht nur Zerrüttung, er weckte auch neue Erwartungen und Hoffnungen.

Die Stimmung auf dem Lande

Während der Kriegsjahre wurden viele Dörfer, besonders in den deutschen Besatzungsgebieten, praktisch entvölkert. Die Gesamtbevölkerung der Kolchosen hatte sich – unter Berücksichtigung der heimkehrenden demobilisierten Soldaten – Ende 1945, verglichen mit dem Vorkriegsjahr 1940, um 15 Prozent vermindert; die Quote der Arbeitsfähigen hatte sich um 32,5 Prozent[53] reduziert. Der Rückgang der arbeitsfähigen Dorfbewohnerschaft ging im wesentlichen auf Kosten der Männer: Wenn 1940 in den Kolchosen 17 Millionen Männer beschäftigt gewesen waren, so waren es Anfang 1946 nur noch 6,5 Millionen[54]. So bestand die arbeitsfähige Bevölkerung im Dorf zum Großteil aus Frauen, die auch die schweren Arbeiten in den Kolchosen verrichten mußten, während die Führungspositionen, vom Kolchosvorsitzenden bis zum Buchhalter und Brigadier, auch nach dem Krieg in der Regel eine Domäne der Männer waren.

Die Kolchoswirtschaft befand sich am Kriegsende nicht zuletzt aus solchen Gründen in einem kritischen Zustand. Die Bauern lebten im wesentlichen von ihren priva-

[52] Vgl. ebenda, l. 11f.

[53] Vgl. I. M. Volkov, Trudovoj podvig sovetskogo krest'janstva v poslevoennye gody. Kolchozy SSSR v 1946–1950 gg, Moskau 1972, S. 21.

[54] Vgl. ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Nebenwirtschaften. Nach dem Krieg war die Hoffnung auf die Auflösung der Kolchosen fast übermächtig. Im Juni 1945 beispielsweise weigerten sich die Kolchosbauern einer Reihe von Bezirken des Gebiets Pskov, den traditionellen kollektiven Brief an Stalin mit der Verpflichtung des Gebiets zur Ernteabführung zu unterschreiben. Ihre Weigerung begründeten sie folgendermaßen: „Dieser Brief hat eine versteckte Bedeutung, d. h. Genosse Stalin hat das Volk gebeten, noch sieben Jahre in den Kolchosen zu bleiben, aber die örtlichen Funktionäre haben sich verpflichtet, die Kolchosen nicht aufzulösen, und jetzt sammeln sie die Unterschriften der Kolchosniki. Wenn der Brief unterschrieben wird, werden sie die Kolchosen nicht auflösen."[55]

Über die Auflösung der Kolchosen kursierten die unwahrscheinlichsten Gerüchte, zum Beispiel solche: „Auf der Konferenz von San Francisco hat man dem Genossen Molotov vorgeschlagen, sich von den Bolschewisten und den Kolchosen loszusagen. Von den Kolchosen sagte sich Genosse Molotov los, aber von den Bolschewisten wollte er sich nicht lossagen, deshalb hat Amerika Rußland den Krieg erklärt."[56] Jemand erzählte, daß in Moskau bereits eine spezielle Kommission für die Auflösung der Kolchosen gebildet worden sei, jemand wollte mit „eigenen Augen" gesehen haben, daß ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug aus der Luft überprüfte, ob die Kolchosen aufgelöst seien oder nicht[57].

Die Hoffnung, daß Amerika und England „helfen" würden, die Kolchosen aufzulösen, war zuweilen von der Überzeugung begleitet, daß das Kolchossystem überhaupt „auf Weisung der Deutschen eingeführt wurde, um die Wirtschaft zu zerrütten und Rußland zu schwächen, damit es leicht erobert werden konnte"[58]. Neben solchen Spekulationen und Gerüchten wurden über die Kolchosen aber auch rationale Ansichten geäußert. „Man muß die Kolchosen irgendwie umbauen, sonst verarmen wir noch ganz", überlegte beispielsweise der Vorsitzende einer Kolchose aus Burjatien. „Wenn man die Kolchose selbständig wirtschaften ließe, sich nicht in das innere Leben einmischte, ihr keinerlei Pläne auferlegte und sie verpflichtete, dem Staat die erforderliche Menge von der Produktion abzugeben, würden wir das auch tun. Und wie wir das schafften – das wäre unsere Sache. Wir würden beginnen, den Boden weniger, aber besser zu bearbeiten, und dann die Stadt mit Getreide und Gemüse überhäufen."[59]

Diese kritische Stimmung auf dem Land, die übrigens auch die örtlichen Parteikader erfaßt hatte, rief bei den Machthabern ernsthafte Beunruhigung hervor. In offiziellen Verlautbarungen wurden Forderungen nach Auflösung der Kolchosen oder sogar ihrer Reorganisation im Sinne einer größeren Unabhängigkeit als „Provokationen" und „feindlich" qualifiziert. Wer solche Stimmungen und Gerüchte verbreitete,

[55] RCChIDNI, f. 17, op. 122, d. 122, l. 27.
[56] Ebenda, l. 28.
[57] Ebenda, op. 117, d. 527, l. 92, op. 122, d. 122, l. 27.
[58] Ebenda, op. 122, d. 122, l. 28.
[59] Ebenda, op. 117, d. 528, l. 120.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde vor Gericht zur Verantwortung gezogen. Durch Repressalien dieser Art konnten einzelne, in ihren Äußerungen besonders offenherzige Bauern isoliert und die Mehrheit der Kolchosniki zur Loyalität genötigt werden, an der ökonomischen Situation auf dem Lande veränderten sie jedoch nichts. Wie die Lage dort tatsächlich war, kann man in Briefen von Bauern aus jenen Jahren nachlesen. Im Juni 1946 schrieben Bauern aus der Gegend von Stavropol' – einer der fruchtbarsten Regionen Rußlands – folgendes: „Wir arbeiten in der Kolchose wie bei einem Gutsbesitzer, weil man uns zur Arbeit jagt und uns nichts zu essen gibt und uns für unsere Arbeit nicht bezahlt [. . .]"; „Sehne Dich nicht zu sehr nach der Kolchose, denn die Leute verderben hier. In der Brigade und zu Hause gibt es nichts zu essen, aber zur Arbeit zwingt man uns [. . .]"; „Die Stimmung ist panisch. Die Heuernte hat begonnen – alles verdirbt [. . .] Das haben wir Kozlov [dem Vorsitzenden der Kolchose] zu verdanken, der den ganzen Winter Hasen geschossen, aber das Inventar nicht vorbereitet hat. Anstatt sich an die Arbeit zu machen, verkommen jetzt viele Männer. Während die Frauen mit der Hand mähen, liegen die Männer nur faul herum. Die Traktoren sind alle kaputt."[60]

Die Trockenheit und die Mißernte von 1946 vollendeten das mit der Kollektivierung begonnene und vom Krieg verstärkte Zerstörungswerk. Die Trockenheit wurde zu einer wahren Katastrophe für eine Reihe von Bezirken Zentralrußlands, des Wolgagebiets, der Ukraine, Weißrußlands und Moldawiens. Genaue Angaben über die Zahl der Opfer der Hungersnot liegen nicht vor. Schon allein die Tatsache der Hungersnot wurde von den sowjetischen Behörden geheim gehalten. Die medizinische Statistik blieb unvollständig und wurde teilweise sogar gefälscht; so wurde nicht immer die Diagnose der Distrophie als Ursache der hohen Krankheits- und Sterberate der Bevölkerung in den Jahren 1946/47 festgehalten. Der Historiker V. F. Zima, der die erste und überaus gründliche Untersuchung der Entstehung und der Folgen der Hungersnot von 1946/47 in der UdSSR vorgelegt hat, nimmt an, daß in der Sowjetunion zwischen 1946 und 1948 insgesamt 100 Millionen Menschen Hunger litten und daß zwei Millionen Menschen an Unterernährung und damit verbundenen Krankheiten starben. In Rußland fielen nicht weniger als eine halbe Million Menschen dem Hunger zum Opfer[61].

Die Ernährungskrise des Jahres 1946 und die Stimmung der Bevölkerung

Die Mißernte des Jahres 1946 reduzierte die in den Handel gelangende Getreidemenge drastisch. Unter diesen Umständen ergriffen das ZK der sowjetischen KP und der Ministerrat der UdSSR eine Reihe von Maßnahmen, um den Nahrungsmittelverbrauch stärker zu reglementieren: Im Herbst wurden die Preise für die rationierten

[60] Ebenda, op. 121, d. 547, l. 14–16.
[61] Vgl. Zima, Golod v SSSR, S. 11, 168.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nahrungsmittel erhöht, die Ausgabenormen für Brot auf Lebensmittelmarken vermindert und außerdem bestimmte Gruppen der Bevölkerung von der Versorgung auf Marken ausgenommen; vor allem galt dies in ländlichen Gebieten. Die Preise für Brot auf Marken wurden ungefähr auf das Dreifache erhöht[62].

Am Vorabend der Erhöhung der Preise für Lebensmittel auf Marken wurde die entsprechende Entschließung mit dem Stempel „nicht für die Presse" zur Kenntnisnahme an die Partei- und Sowjetorganisationen versandt. Darin hieß es: „Der Ministerrat der UdSSR und das ZK der VKP (b)[63] kennen die Schwierigkeiten bei der Erhöhung der Preise für rationierte Lebensmittel und verstehen, daß hier im Namen der gemeinsamen Sache Opfer von seiten der Arbeiter, Angestellten und Bauern verlangt werden. Es ist nötig im Blick zu haben, daß es ohne ernsthafte Opfer nicht möglich ist, die schweren Folgen des Krieges zu liquidieren [. . .]."[64] Bei der Diskussion dieses Dokumentes in den Parteizellen rief besonders der Passus, daß Opfer verlangt würden, viele Fragen hervor. „Entschlüsseln Sie das Wort ‚Opfer', was soll das bedeuten?" fragte ein Teilnehmer eines Partei-Aktivs. „Tod, Dreck, Armut usw.? Oder ist der Teufel vielleicht nicht so schrecklich, wie wir ihn uns vorstellen?"[65] „Für wie lange Zeit können die Werktätigen unseres Landes diese Opfer und Einschränkungen ungefähr ertragen?" lautete eine andere Frage. „Wann wird ihr Reallohn dem Existenzminimum entsprechen?"[66]

Die Frage nach dem gesetzlichen Existenzminimum wurde in der UdSSR bekanntlich immer für eine der „unangenehmsten" gehalten; manchmal wurde sie sogar unter die Kategorie „Provokation" eingeordnet, weil solche Regelungen anscheinend einem Staatsgeheimnis gleichkamen und ihre Verbreitung nicht erlaubt war. „Unangenehme" Fragen wurden jedoch damals, im Herbst 1946, häufig gestellt. Darunter waren solche: „Welche Nahrungsmittelhilfe leistet unsere Regierung dem Ausland, und wie wirkt sich das auf unsere Opfer aus?"; „Warum hat sich die Regierung nicht mit der Bitte um Nahrungsmittelhilfe an ausländische Staaten gewandt?"[67]

Die Stellungnahmen zur Erhöhung der Preise für Brot auf Marken, die auf der Straße oder in den Schlangen vor Brotgeschäften zu hören waren, fielen erheblich weniger zurückhaltend aus als die der Partei-Aktive. Besonders emotional drückten die Frauen ihren Groll über die neuen „Opfer" aus. Schließlich waren in erster Linie sie damit konfrontiert, angesichts verringerter Lebensmittelrationen die Ernährung der Familien sicherzustellen. „Im Krieg war es ein schweres Leben, aber es war doch nicht kränkend, wir erwarteten ein besseres, hofften", erklärte eine Moskauerin, „aber jetzt werden wir noch schwerer leben, und es gibt keine Hoffnung auf Ver-

[62] Vgl. RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 1061, l. 12–14.

[63] VKP (b) = Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bolševikov), zu deutsch: Kommunistische Allunionspartei (der Bolschewisten); diese Bezeichnung trug die sowjetische KP von 1925 bis zur Umbenennung in KPdSU im Jahre 1952.

[64] Ebenda, l. 16.

[65] Ebenda, op. 121, d. 524, l. 10.

[66] Ebenda, l. 11.

[67] Ebenda, l. 11, 37.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besserung."[68] Das Motiv der „betrogenen Hoffnungen" war im Herbst 1946 fast allgegenwärtig. Die einfachen Leute versuchten auf ihre eigene Art, die Lage zu verstehen, die Gründe für die entstandene Krise herauszufinden. Häufig liefen ihre Überlegungen aber den Versionen, die Staat und Partei auftischten, entgegen. Obwohl Trockenheit und Mißernte durchaus als ernsthafte Ursache der Misere erkannt wurden – und eben diese Begründung war in der Entschließung des ZK und des Ministerrats vorgebracht worden –, führte man als hauptsächliche Erklärung doch andere Argumente an: „Wenn unsere Regierung beschließt, die Nahrungsmittelpreise zu erhöhen, dann bedeutet das vor allem, daß der sowjetische Staat in Gefahr ist, daß ihm Krieg droht."[69] Die Ansicht, daß die Preiserhöhung mit der Verschärfung der internationalen Lage und sogar einem unmittelbar drohenden Krieg zusammenhing, rief bei der breiten Masse kaum Zweifel hervor. Daher die folgende überaus charakteristische Meinung: „Die Sache ist nicht nur die, daß alles teuer und für den Arbeiter unerschwinglich wird, die Hauptsache ist, daß das ein klares Vorzeichen eines baldigen Krieges ist."[70]

Der Krieg bildete im kollektiven Bewußtsein noch lange den wichtigsten Maßstab für die Schwierigkeiten des Lebens, und die beschwörende Redensart „Wenn es nur keinen Krieg gibt!" diente als stete Rechtfertigung für alle Zumutungen und Entbehrungen der Nachkriegszeit, selbst dann noch, wenn es darüber hinaus keinerlei vernünftige Erklärungen gab. Dieser Umstand erlaubt es auch, das Faktum zu verstehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung den Machthabern gegenüber loyal blieb, ungeachtet der pessimistischen Stimmung, die unter anderem im Zusammenhang mit der Ernährungskrise des Jahres 1946 in beträchtlichem Umfang offen zum Ausdruck gebracht worden war. Offene Kritik und Vorwürfe, die die Versorgungsschwierigkeiten mit Fehlern der Machthaber und vor allem Stalins erklärten, waren Einzelfälle. Im Gegenteil, typisch waren Meinungsäußerungen folgender Art: „Wenn Genosse Stalin die Verordnung [über die Preiserhöhung] unterschrieben hat, glauben wir, daß das der einzige, völlig richtige Weg ist. Einen anderen Weg gibt es nicht."[71]

Da Stalin und seine Entscheidungen nicht in Frage gestellt wurden und jenseits jeglicher Kritik blieben, wurden die verschiedenen „Chefs" auf lokaler Ebene, vor allem die Leitungen von Unternehmen, zur Zielscheibe von Kritik, zu „Sündenböcken". Viele Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Versorgungsproblem zogen die Mitarbeiter des Handels auf sich, die im Bewußtsein der breiten Masse nicht anders denn als „Schwindler" und „Spekulanten" betrachtet wurden[72]. Schließlich konnte man auch der Meinung begegnen, daß der Hunger im Lande von „Schädlingen" organisiert worden sei[73]. Solche Argumente aus dem politischen Arsenal der dreißiger

[68] Ebenda, l. 12.
[69] Ebenda.
[70] Ebenda, l. 13.
[71] Ebenda, l. 57.
[72] Ebenda, l. 52.
[73] Ebenda, op. 122, d. 188, l. 11.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre fielen auf fruchtbaren Boden. Auf ihm gedieh auch die weit verbreitete Version, Stalin sei von einer Verschwörung des Schweigens umgeben, hinterlistige Höflinge versuchten, die Wahrheit über die Lage des Volkes vor Stalin zu verbergen: „Von all den Häßlichkeiten, die im Lande vor sich gehen, weiß Genosse Stalin nichts; sie wollen die Arbeiter in den Schraubstock klemmen."[74]

Daß Stalin vor Kritik verschont blieb, rettete nicht allein den guten Namen des Führers, sondern auch das Regime, das mit ihm stand und fiel. Millionen von Zeitgenossen sahen in Stalin die letzte Hoffnung und die zuverlässigste Stütze. Es schien, als ob das Leben in sich zusammenstürzen würde, gäbe es Stalin nicht. Und je schwieriger die Situation im Lande wurde, desto mehr stärkte sich seine Führerrolle.

Der Glaube an Stalin war tatsächlich eines der wichtigsten Bindemittel der sowjetischen Gesellschaft der Nachkriegsjahre. Jedoch nicht allgemein. So war Stalin etwa unter den Arbeitern erheblich populärer als bei den Bauern, und in der Jugend regten sich sogar vereinzelt oppositionelle Stimmungen in Bezug auf Stalin und das sowjetische Regime. Mit wenig Sympathie konnte Stalin bei den deportierten Völkern und anderen Bevölkerungsgruppen rechnen, die unter der Sowjetmacht gelitten hatten. Schließlich waren antistalinistische und antisowjetische Stimmungen auch in den Gebieten stark verbreitet, die 1945 der UdSSR einverleibt worden waren – im Baltikum etwa oder in den westlichen Teilen der Ukraine und Weißrußlands.

Man sollte diese Stimmungen aber nicht überschätzen. Für die russische Gesellschaft der Jahre 1945/46 war das Problem eines Gegensatzes von Staat und Gesellschaft nicht aktuell. Einen solchen Gegensatz gab es einfach nicht. Es gab einzelne negative Stimmungen, kritische Äußerungen, aber die Aufgabe, einen Ausweg aus der Nachkriegskrise zu finden, betrachtete die Mehrheit der Bevölkerung als eine der ganzen Nation oder des gesamten Staats. Aus dem Krieg ging, ungeachtet unterschiedlicher Interessen einzelner sozialer Gruppen, eine im ganzen recht homogene Gesellschaft hervor. Auf die Menschen, die den Krieg überlebt hatten, warteten im Frieden Probleme, die für alle ähnlich waren, weil sie sich aus der Aufgabe des Überlebens ergaben. Zusammengeschweißt durch den Krieg und das gemeinsame Interesse, die schwierigen Probleme der Nachkriegszeit zu bewältigen, löste sich die Einheit von Volk und Macht nur schrittweise auf, und zwar in dem Maße, wie deutlich wurde, daß sich zwar ein Friedenszustand etablierte, die Hoffnungen auf wirtschaftliche Besserung und politische Liberalisierung aber nicht erfüllt werden würden. Von den „betrogenen Hoffnungen" ging ein Druck von unten aus, der die ersten Anzeichen einer Krise der Führung generierte. Das ist jedoch bereits ein anderes Kapitel.

(Aus dem Russischen übersetzt von Jürgen Zarusky)

[74] Ebenda, l. 9.

Jahrgang 47 (1999), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte